

Rheinwissen. Die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt als Wissensregime, 1817–1880.

„Wissen“ ist die zentrale Ressource internationaler Organisationen zur Machtausübung. Der Untersuchung, wie diese Organisationen ihre Machtressource erlangen, nimmt sich die vorliegende Studie erstmalig aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive an. Als Fallbeispiel dient hierbei die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt, die als erste internationale Organisation der Welt als Erprobungsfeld für Praktiken im Umgang mit Wissen in internationalen Organisationen verstanden wird. Diese Wissensgeschichte des Rheins leistet damit einen Beitrag zum Verständnis des 19. Jahrhunderts als Zeitalter des Internationalismus und untersucht konkrete Praktiken der Internationalisierung, die über den Untersuchungsgegenstand hinausweisen.

Im Zentrum steht die Frage, welche Verfahrensweisen im Umgang mit Wissen über den Rhein und dessen Schiffbarkeit – Rheinwissen – entwickelt wurden. Konkreter geht es darum, wie Rheinwissen zwischen den Mitgliedsstaaten Frankreich, Baden, Bayern, Hessen, Nassau, Preußen und den Niederlanden gesammelt, getauscht und produziert wurde und welche Wechselverhältnisse zwischen Wissensbeständen und Methoden der Wissensproduktion in den Mitgliedsstaaten und auf der internationalen Ebene bestanden.

Der Arbeit liegt die zentrale These zugrunde, dass sich in den Jahren von der Gründung der Zentralkommission bis zum letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein Wissensregime herausbildete, durch das spezifisch für den Rhein festgelegt wurde, was als valides Rheinwissen gelten sollte. Das wissenssoziologische Konzept des Wissensregimes von Peter Wehling und Stefan Bösch dient erstmals als methodischer Zugriff im Rahmen einer größeren geschichtswissenschaftlichen Studie. Dieser neue Ansatz ermöglicht das zentrale Ergebnis der Studie herauszuarbeiten: Wissen wurde in internationalen Organisationen nicht ausschließlich entlang wissenschaftlicher oder technischer Erkenntnisse bewertet und gewonnen, sondern ebenso waren politische, ökonomische und pragmatische Formen der Wissensproduktion konstitutiv. Rheinwissen erscheint damit als Produkt von vielschichtigen Aushandlungsprozessen.

In der Zentralkommission bildeten sich Verfahren heraus, die Rheinwissen entlang einer Vorstellung von Objektivität und epistemischen Gemeinschaften bewerteten und gewannen. Auf der methodischen Ebene der Untersuchung findet dies seine Entsprechung in der Berücksichtigung der Studien zu unterschiedlichen Formen der Objektivität von Lorraine Daston und Peter Galison und jenen zu epistemischen Gemeinschaften von Peter M. Haas und Mai'a Davis-Cross. Die Besonderheit der Studie liegt darin, dass die primär wissenschaftsgeschichtlichen Theoreme von Daston und Galison erstmals in einem außerwissenschaftlichen Kontext untersucht werden.

Dies zeigt die Studie anhand dreier Beispiele des Umgangs mit Rheinwissen innerhalb der Kommission. Während der vertraglich vorgeschriebenen Längenfestlegung des Rheins in den Jahren 1831 bis 1844 folgte die Zentralkommission einer Vorstellung von aperspektivischer Objektivität, bei der es darum ging, unterschiedliche Wissensbestände international anschlussfähig und kommunizierbar zu machen, wobei wissenschaftliche und technische Ansichten, wie die Länge eines Flusses zu bestimmen sei, in den Hintergrund traten. Die Verhandlungen in der Zentralkommission mündeten schlussendlich in einem Kompromiss unter Berücksichtigung mehrerer Verfahren. Es wird gezeigt, dass die Produktion von Wissen über die Länge des Rhein kein alleiniges wissenschaftliches Verfahren war, sondern ebenso politische, wirtschaftliche und pragmatische Aspekte berücksichtigte.

In der Mitte des 19. Jahrhunderts, zusammen mit dem langsamen Wechsel von der Segel- zur Dampfschifffahrt, die neue Anforderungen an die Schiffbarkeit des Rheins stellte und den Fluss als Ganzes in den Mittelpunkt der Betrachtung rückte, wandelte sich auch der Umgang mit

Rheinwissen in der Zentralkommission hin zu einer gemeinschaftlichen und entlang allgemeiner Kriterien begründeten Wissensgewinnung. Dies geschah durch die Bildung eines Technikergremiums zur gemeinsamen Befahrung und Begutachtung des Flusses, das als epistemische Gemeinschaft gelesen werden kann, und durch die Orientierung an Vorstellungen von mechanischer Objektivität, das heißt der Gewinnung von Wissen losgelöst von der Person des Beobachters. Im Zeitraum von 1849 bis 1861 fanden mehrere Befahrungen statt, in denen sich die gemeinschaftliche, objektivierte Wissensgewinnung als Verfahren festigte. Während die Gewinnung dieses Wissens entlang von Vorstellungen mechanischer Objektivität sich im Laufe dieses Zeitraums als akzeptiertes Verfahren etablierte, wurde seine Nutzung zur Durchsetzung von Baumaßnahmen Gegenstand kontroverser Aushandlungsprozesse innerhalb der Gruppe der Mitgliedsstaaten. Der gemeinschaftliche, wissenschaftliche Blick der Techniker und das darauf basierende Rheinwissen dienten als Mittel indirekter Machtausübung gerade vonseiten Preußens, Badens und Frankreichs auf die übrigen Mitgliedsstaaten. Hier konstituierte sich ein Wissensregime, das neben der Festlegung von nutzbringendem Wissen auch Machtstrukturen veränderte und die Gestaltungsspielräume einzelner Mitgliedsstaaten zum Gegenstand internationaler Verhandlungen machte.

Das dritte Beispiel zeigt anhand der Debatten um die Standardisierung der Flusskarten des Rheins, wie sich in der Kommission ein Standard nach Maßgabe der badisch-französischen Rheinkarten etablierte und wie dieser auf längeren Kooperationen zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten und der Herausbildung einer internationalen Funktionselite basierte. In den 1840er-Jahren gab es Versuche Preußens, eine technisch höchst anspruchsvolle Flusskarte als allgemeinen Standard für die Kommission zu etablieren. Diese scheiterten daran, dass andere Staaten wie Baden, Frankreich und die Niederlande bereits Karten nach eigenen Vorstellungen hergestellt hatten und sich nicht dem preußischen Vorbild anschließen wollten, zumal dies eine Übernahme preußischer Sichtweisen auf den Rhein bedeutet hätte. Im Anschluss an die zweite Flussbefahrung des Jahres 1861 agitierte der oberste Beamte der Zentralkommission für die Einführung standardisierter Karten nach Maßgabe der badisch-französischen Rheinkarten, die bereits seit 1828 gemeinschaftlich von beiden Staaten hergestellt wurden. Er argumentierte aus einer internationalen Perspektive, blickte er doch selbst auf Erfahrungen aus ähnlichen Vorhaben an der Weser und der Donau zurück. Bis 1880 übernahmen alle Mitgliedsstaaten außer den Niederlanden die badisch-französischen Vorgaben, sodass auf Basis einer bestehenden Kooperation zwischen diesen beiden Staaten und des Agierens des Oberinspektors ein dezentraler Standard etabliert wurde.

Über die Untersuchung konkreter Verfahrensweisen im Umgang mit Wissen hinaus verortet die Studie internationale Organisationen und ihren Umgang mit Wissen in der Geschichte internationaler Organisationen und des 19. Jahrhunderts. Hier zeigen sich neue Forschungsperspektiven über das Fallbeispiel der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt hinaus.

Erstens offenbart die Studie den Blick, den die Zentralkommission auf den Rhein hatte. Dieser kann als typisch für die Erschließung von schiffbaren Flüssen durch ihre Anrainerstaaten zu Beginn des 19. Jahrhunderts gesehen werden. Er war geprägt von einer Betrachtung entlang des Nutzungsmusters der Schifffahrt, was andere Nutzungsmuster und Wahrnehmungen ausschloss beziehungsweise marginalisierte – ökologische Perspektiven beispielsweise spielten unter dieser Prämisse keine besondere Rolle. Diese Perspektive auf den Rhein lässt sich auch auf weitere schiffbare Flüsse in Europa übertragen. Im 19. Jahrhundert begannen die Anrainerstaaten mit der systematischen Erschließung der Binnengewässer als Schifffahrtsstraßen, die auch durch technische Innovationen vorangetrieben wurde. Unter Einbezug unsystematischer und diskontinuierlicher Vorarbeiten kristallisiert sich aber heraus, dass die Erschließung der Binnengewässer einen Zeitraum von 150 Jahren umfasst, der von 1730 bis 1880 reicht. Dieser Prozess der fortschreitenden Erschließung liest sich damit als ein Prozess der Sattelzeit.

Zweitens kann die Tätigkeit der Zentralkommission nicht losgelöst von Tendenzen der Nationalisierung im 19. Jahrhundert gesehen werden: in ihrer Arbeit zeigen sich sowohl Tendenzen der nationalen Integration nach innen wie auch der Abgrenzung nach außen. So suchte zum Beispiel Preußen auf der einen Seite Kooperationen über deutsche Territorien hinweg, die als Herausbildung einer gemeinsamen Verwaltungskultur gesehen werden können, auf der anderen Seite nutzte es seine Vormachtstellung ebenso, um durch politischen Druck seine Interessen auch auf internationaler Ebene gegenüber den kleineren deutschen Staaten durchzusetzen. Auch die Konkurrenz zwischen den sich etablierenden Nationalstaaten fand ihren Eingang in die Arbeit der Kommission. Die Durchsetzung nationaler Vorstellungen von Wirtschaftspolitiken, die zum Teil protektionistische Züge trugen, gehörte zum Repertoire der Mitgliedsstaaten. Auch die Einspeisung der eigenen Vorstellungen von kartographischen Darstellungen entsprang nicht nur pragmatischen oder fiskalischen Erwägungen, sondern trug zugleich auch den Stand der kartographischen Arbeit nach außen und sollte nationales Prestige auf diesem Gebiet erlangen. Die Studie vermag so zu zeigen, dass nationale Integration und Abgrenzung sich auch in internationalen Organisationen widerspiegeln. Die Untersuchung der Zentralkommission bietet daher Anknüpfungspunkte für die Untersuchung charakteristischer Prozesse des 19. Jahrhunderts.

Drittens gilt dies insbesondere für die Zentralkommission als internationale Organisation des gouvernementalen Internationalismus. Auf der einen Seite wirkte die internationale Kooperation im Sinne der Verbesserung der Schiffbarkeit, auf der anderen Seite bewirkten diese neuen Kooperationsformen auch scharfe Abwehrhaltungen vonseiten der Mitgliedsstaaten. Der Untersuchungszeitraum von 1817 bis 1880 liegt auch quer zu den bisher gängigen Periodisierungen, die das Jahr 1865 als *annus mirabilis* – Wunderjahr – internationaler Organisationen deuten und ihre Geschichte gemeinhin hier beginnen lassen, die Zentralkommission allerdings im Bereich der Vorgeschichte verorten. In der Forschung wurden internationale Organisationen vom 20. Jahrhundert aus gedacht: Der Völkerbund und die Vereinten Nationen stehen hier als Modelle, an denen sich alle anderen Organisationen messen lassen müssen. Auf der Ebene der praktischen Arbeiten internationaler Organisationen erscheint diese Einteilung allerdings weniger trennscharf. Das Beispiel der Zentralkommission zeigt, dass eine Untersuchung internationaler Organisationen abseits von Institutionengeschichten den Prozess der Herausbildung ihrer Arbeitsweisen in den Blick nehmen und bisherige Zäsuren hinterfragen kann.

Die Untersuchung erfolgt viertens anhand von Quellenmaterial, das bislang nur wenig im Fokus der Forschung zu internationalen Organisationen stand. Die Karten des Rheins der Mitgliedsstaaten – nicht die Erzeugnisse des Tourismus oder der Rheinromantik – bilden einen Ausgangspunkt. Die technischen Spezialkarten, die den staatlichen Verwaltungen entstammten, werden entlang der Methodik der Kartographiegeschichte nach Brian Harley und anderen als Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse verstanden und einer genauen Analyse unterzogen. So zeigt die Untersuchung, wie durch diese Spezialkarten versucht wurde, Sichtweisen auf den Rhein und seine Schiffbarkeit in den Mitgliedsstaaten der Kommission zu beeinflussen. Der Umgang mit Wissen folgte somit nicht primär wissenschaftlichen Zielen, sondern diente ebenso zur Ausübung politischer Macht in internationalen Organisationen.

Die Untersuchung der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt leistet damit sowohl einen Beitrag zur (Wissens-)Geschichte internationaler Organisationen im 19. Jahrhundert im Allgemeinen und der Zentralkommission im Speziellen, birgt aber zugleich durch die Wahl des methodischen Ansatzes Anknüpfungspunkte für eine räumliche, zeitliche und gegenständliche Ausdehnung auf andere Jahrhunderte und Organisationen und kann somit zum Verständnis gegenwärtiger internationaler Praktiken im Umgang mit Wissen beitragen.